

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerter der Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Anschlag Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise für den Anzeiger für das Erzgebirge: 20 Pfennige, 30 Pfennige, 40 Pfennige, 50 Pfennige, 60 Pfennige, 70 Pfennige, 80 Pfennige, 90 Pfennige, 100 Pfennige, 110 Pfennige, 120 Pfennige, 130 Pfennige, 140 Pfennige, 150 Pfennige, 160 Pfennige, 170 Pfennige, 180 Pfennige, 190 Pfennige, 200 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 276

Sonnabend, den 27. November 1926

21. Jahrgang

### Die erste Sitzung des neuen Landtages

Wahl der Präsidenten und Schriftführer. — Rücktrittserklärung des Kabinetts Heldt. — Wahl des Ministerpräsidenten am Dienstag.

Dresden, 25. Nov. Heute mittag hielt der neue Landtag seine erste Sitzung ab. Presse- und Zuschauertribünen waren vollbesetzt. Die Abgeordneten, unter denen viele neue Gesichter sind, nahmen kurz nach 1 Uhr ihre Plätze ein. Bei den Kommunisten war auch Abg. Wittcher, dessen Verhaftung der letzte Landtag genehmigt hat, erschienen. Die Platzverteilung ist in folgender Weise vorgenommen worden: neben den Deutschnationalen sitzen die Abgeordneten der Wirtschaftspartei, dazu die beiden Nationalsozialisten. Dann schließen die Deutsche Volkspartei und die Demokraten an. Hinter ihnen die vier Abgeordneten der Aufwertungspartei. Es folgen die alten Sozialdemokraten, die Linksozialisten und Kommunisten. Neben dem kommunistischen Abg. Renner sitzt der Linksozialist Wegl.

Bei Beginn der Sitzung hatten die Minister am Regierungstisch Platz genommen. Nur der Innenminister Müller saß auf seinem Abgeordnetenplatz. Der deutschnationale Abg. Dr. Gardt, der im alten Landtage erster Vizepräsident war, eröffnete die Sitzung mit folgenden Worten:

Indem ich Sie begrüße, eröffne ich die erste Sitzung des dritten Landtages des Freistaates Sachsen.

Dann wurden die einzelnen Abgeordneten aufgerufen. Sie waren vollständig erschienen mit Ausnahme des Abg. Ewert (Komm.), der bekanntlich kurz nach der Wahl verhaftet worden ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Wittcher (Komm.) die sofortige Verhandlung eines Antrages, der die Entlassung des Abg. Ewert fordert. Der Sprecher benötigte zunächst die „Geschäftsordnungsfrage“ hinsichtlich der nächsten kommunikativen Ausführungen. Da die Deutschnationalen widersprachen, konnte der Antrag heute nicht behandelt werden, seine Beratung soll in der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Darauf kam man zur

#### Wahl des Landtagspräsidiums.

Die Linksozialisten schlugen zum Präsidenten den Abg. Schwarz vor, andere Vorschläge wurden nicht gemacht. Die Wahl geschah durch Stimmzettel.

Abg. Schwarz (Linksoz.) wurde mit 89 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Sechs Stimmen waren ungültig.

Präsident Schwarz übernahm sofort sein Amt und erklärte mit kurzen Worten, daß er die Geschäfte stets in objektivster Weise führen werde.

Darauf kam man zur Wahl des ersten Vizepräsidenten. Von den Deutschnationalen wurde Abg. Dr. Gardt, der erste Vizepräsident des alten Landtages, wieder vorgeschlagen, während die Kommunisten das Amt für ihren Abgeordneten Lieberasch forderten. (Deutschnationale und Kommunisten sind nach den Linksozialisten die stärksten Fraktionen im Landtage, beide verfügen über je 14 Abgeordnete.)

Bei der Abstimmung erhielten Gardt 51, Lieberasch 44 Stimmen. Linksozialisten und Kommunisten hatten für Lieberasch gestimmt.

Abg. Dr. Gardt (Dnat.) war also zum 1. Vizepräsidenten gewählt.

Abg. Ewert (Komm.) meinte nach der Verkündung des Abstimmungsergebnisses, die Wahl charakterisiere sofort das Gesicht des Landtages. Die Linksozialisten spielten also auch im neuen Landtag ihre Verrückterrolle weiter. Darauf schlug der Redner des Abg. Lieberasch zum zweiten Vizepräsidenten vor.

Abg. Dr. Wittcher (D. Sp.) brachte dagegen den Abg. Dr. Dickmann zum zweiten Vizepräsidenten in Vorschlag.

Abg. Wittich (Linksoz.) erklärte, daß seine Freunde nicht in der Lage seien, den Kommunisten zu wählen. Die kommunistische Fraktion habe früher erklärt, daß sie nicht auf dem Boden des Parlamentarismus stehe, daß sie ihn bekämpfe und beseitigen wolle. Man könne Linksozialisten nicht zumuten, daß sie jemanden zum Vizepräsidenten wählen, der seine Aufgabe darin erblicke, den Parlamentarismus zu beseitigen und ihm Schwierigkeiten zu machen.

Dann wurde die Abstimmung vorgenommen. Auf den Abg. Dr. Dickmann waren 47, auf Lieberasch 44 Stimmen gefallen, vier Abgeordnete, die Linksozialisten, hatten keine Stimme abgegeben.

Abg. Dr. Dickmann (D. Sp.) ist demnach zum 2. Vizepräsidenten gewählt.

Weiter wurde die Wahl von zwei Schriftführern vorgenommen.

Abg. Wittcher (Komm.) nannte die bisherigen Wahlen einen einzigen Skandal und schlug dann den Abg. Lieberasch zum Schriftführer vor. Auch der Abg. Wittich (Linksoz.) protestierte gegen die Wahlen und protestierte gegen die Linksozialisten. Er schlug den Abg. Müller, schon bisher Schriftführer, zum Schriftführer vor. Abg. Kaiser (Wirtschaftspartei) schlug den Abg. Großmann von seiner Fraktion vor.

Das Abstimmungsergebnis lautete wie folgt: Großmann 48, Lieberasch 80, Müller 58 Stimmen. Zwei Stimmzettel waren weiß abgegeben worden.

Zu Schriftführern waren also gewählt die Abg. Müller (Linksoz.) und Lieberasch (Komm.)

Nach der Wahl der Schriftführer wurde die Wahl der vier stellvertretenden Schriftführer vorgenommen. Vorschläge wurden hierzu die Abgeordneten Großmann (Wirtschaftsp.), Wittling (Aufwertungsp.), Claus (Dem.), Wittich (Linksoz.), Raupsch (Linksoz.) und Siegel (Komm.). Der Wahlgang mußte wiederholt werden, da bei Anwesenheit von 95 Abgeordneten 98 Stimmzettel abgegeben worden waren. Der zweite Wahlgang brachte folgendes Ergebnis: Großmann 45, Wittling 45, Claus 37, Wittich 48, Raupsch 43, Siegel 40 Stimmen.

Nun schreibe die Geschäftsordnung vor, daß nur gewählt ist, wer die absolute Mehrheit hat. Es entstand eine längere Geschäftsordnungsdebatte, ob dieser Wahlgang ebenfalls ungültig sein oder was sonst gemacht werden solle. Gegen den Vorschlag des Präsidenten, die vier Kandidaten mit den meisten Stimmen für gewählt zu erklären, wurde von den Kommunisten Widerspruch erhoben. Schließlich wurde beschlossen, die Angelegenheit dem Vorkommensauschuss zur Prüfung zurückerufen. Damit war die Tagesordnung der ersten Sitzung erschöpft.

#### Ministerpräsident Heldt

gab folgende Erklärung ab:

Nachdem ich der Landtag durch die Wahl des Präsidiums konstituiert hat, habe ich im Einvernehmen mit den Ministern auf Grund des § 26 der Verfassung die Erklärung abgegeben, daß wir unsere Mandate als Minister in die Hand des Landtages zurückgeben. (Rufe bei den Kommunisten: Das wird höchste Zeit!) Es geschieht alles nach der Verfassung. Mit den Herren Ministern bin ich bereit die Regierungsgeschäfte bis zur Neubildung der Regierung weiterzuführen.

#### Die Tagesordnung für die Dienstagssitzung.

Der Präsident schlug vor, die nächste Sitzung am Dienstag, den 30. November, mittags 1 Uhr abzuhalten. Auf der Tagesordnung sollen stehen 1. Wahl der Landtagsausschüsse, 2. Wahl des Vorkommensauschusses, 3. Beratung des kommunistischen Antrages über Entlassung des Abgeordneten Ewert.

Ein kommunistischer Antrag, auch

die Wahl des Ministerpräsidenten am Dienstag vorzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Dagegen wurde ein kommunistischer Antrag, den Fall Ewert an erster Stelle der Tagesordnung zu behandeln, mit knapper Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten, Linksozialisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Der Linksozialistische Präsident Schwarz stimmte mit der Mehrheit.

Die Verhandlungen waren hier und da von den üblichen billigen Witzeln begleitet. Man darf auf die nächsten Sitzungen des Landtages gespannt sein. Die stattgefundenen Wahlen des Landtagsvorstandes lassen allerhand Schlüsse für die Regierungsbildung zu.

Die Sitzung wurde gegen 1/4 Uhr geschlossen.

Die demokratische Landtagsfraktion wählte als ihren Vorsitzenden den Abgeordneten Minister a. D. Prof. Dr. Sebert.

### Heeresersatz.

Von Reichswehrminister Dr. Gehler.

Als man in Deutschland begann, Soldatruppen zu werben, warb man durch Zeitungsannoncen, durch bunte Plakate an den Anschlagssäulen und Wänden. Werbeoffiziere reisten im Lande umher und versprachen mehr, als sie verantworten konnten.

Dieses System, ein Mittelglied zwischen den Methoden des 30jährigen Krieges und des englischen Heeres, hätte zwar die Rekruten, brachte aber keineswegs die Leute, die das Heer brauchte. Sobald daher das Reichsheer gebildet und damit die Periode des Freikorps überwunden war, schlug man andere Wege ein. Der Versailles Vertrag verlangte eine 12jährige Dienstzeit, eine Forderung von schlechtmöglicher Brutalität. Ein junger Mann von etwa 20 Jahren soll sich mit einem Heberstecher für mehr als ein Jahr dem Heere verschreiben. Nur in Ausnahmefällen kann er von dieser Verpflichtung entbunden werden. Die Auswahl muß also sehr sorgfältig geschehen und kann sich nicht auf die ärztliche Untersuchung allein beschränken. Um die Jugend, die zum Heere gehen, weiß ihnen gerade nichts Besseres anzubieten oder weiß sie vorübergehend keinen Verdienst zu haben, kann die Reichswehr nicht gebrauchen. Deshalb interessieren die Bestimmungen für die Auswahl des Erlasses die Männer, die 12 Jahre mit den Mannschaften zu arbeiten haben, die dafür verantwortlich sind, daß die Leute die Lust und Liebe zum Soldatenstand nicht verlieren. Damals, als die Bestimmungen erlassen wurden, dachte man daran, bereits Dienende auszulenden, um Ersatz unter den Bekannten und Verwandten zu werben — eine Werbung von Mund zu Mund. Das ist längst nicht mehr nötig. In den ersten Jahren des Bestehens des Reichsheeres gelang es nicht, das Soll des freiwilligenbestandes zu erreichen. Damals gab es genügend Arbeitslosigkeit. Das Versorgungsproblem des Heeres war noch nicht geordnet. Die Besoldung schlecht. Die Feststellen verringerten sich daher nicht. Das wurde schließlich anders, als die katastrophale Arbeitslosigkeit einsetzte, wo viele sich zur Einstellung meldeten, die nur die Ungunst der Zeit vorübergehen lassen wollten und dann wieder hinausdrängen. Erst wenn auf dem Arbeitsmarkt normale Verhältnisse eingetreten sein werden, wird die Ersatzfrage endgültig beurteilt werden können. Daher haben wir nur Ausnahmeverhältnisse gehabt. Leute, die zur Reichswehr kommen, weil sie sonst zu keinem Beruf taugen, sind auch für diese nicht geeignet. Die, die nur auf die Versorgung sehen, sind wohl brauchbar, weil sie es an Pflichterfüllung nicht fehlen lassen.

Wirklichen Nutzen aber hat die Reichswehr aber nur von denen, die aus Passion zum Heere kommen, die begeisterte Soldaten sind. Diese schreibt auch die lange Dienstzeit nicht. Hier müßte die Erziehungsarbeit der republikanischen Presse einsetzen, indem sie ihre Leser für den Gedanken der Wehrhaftigkeit des Volkes erwarmt und in der republikanischen Jugend Neigung zum Soldatenberuf erweckt. Jetzt seit einem Jahre melden sich um ein Vielfaches mehr Leute, als Stellen frei werden. Damit sind die Kompanieführer mehr und mehr ausgeschaltet und die Paurarbeit liegt bei den Truppendeuten, d. h. bei dem Bataillon, den Reiterregimentern, Artillerieabteilungen usw. Die Feststellung der Arztl. Tauglichkeit ist nicht schwer; allerdings entziehen sich all die Leiden dem Blick des untersuchenden Arztes, die erst erfahrungsgemäß nach Beginn der Ausbildung kenntlich werden. Da macht sich das Fehlen einer Probezeit abel bemerkbar, die nach dem Vertrage von Versailles verboten ist. Schwieriger ist es, sich von der Eigenart des Freiwilligen ein richtiges Bild zu machen. Schulzeugnisse und politische sonstige Führungsbeurteilungen verlangen. So kamen in den ersten Jahren viel ungeeignete Elemente in das Heer. Die Folge war eine sehr hohe Kriminalität und fortbauende Verluste, sich der Dienstverpflichtung zu entziehen. Daher gingen die verantwortlichen Offiziere dazu über, von den Freiwilligen die Angabe von Persönlichkeiten zu verlangen, die ihre Persönlichkeit und ihr Wesen kannten und beurteilen konnten, ob sie den Anforderungen einer Dienstzeit von 12 Jahren gewachsen seien. Diese Anfragen waren notwendig und nützlich. Leider sind entgegen der Vorschrift gelegentlich solche Anfragen auch an Führer von Verbänden gerichtet worden, die für die Reichswehr als politische Organisationen verboten sind. Das hat zu dem Mißverständnis in der Öffentlichkeit geführt, als ob die Reichswehrruppenteile den Erlass solcher Verbände entnahmen. Es ist festgestellt, daß auch die Brandstifter Anfragen sich lediglich nach Geizhalsigkeit des Anwerbers und nicht nach seiner politischen Gesinnung erkundigen, was unrichtigerweise behauptet wird. Die jetzige Ersatzmethode hat den Vorteil, daß bestimmte Persönlichkeiten für die Auswahl des Erlasses verantwortlich sind, und zwar gerade die, die von der richtigen Auswahl Nutzen ziehen, von einer fehlerhaften den Schaden tragen.

Demgegenüber wird ein Ernannungsverfahren propagiert, das das Verfahren zentralisieren und nach anderen Merkmalen schematisieren soll. Man führt als Empfehlung dafür an, in Deutschland-Oesterreich wolle ein ähnliches Verfahren ob. Das Oesterreichische Heer und das Reichsheer lassen sich schwer vergleichen. Das Oesterreichische Heer ist politisiert; die Wehrmänner haben alle politischen Rechte;